

No. 37436

**German Democratic Republic
and
Poland**

Agreement between the Government of the German Democratic Republic and the Government of the Polish People's Republic concerning the reciprocal concession of usufruct rights to sites for the premises of the embassies and trade offices of both States (with maps¹). Warsaw, 14 July 1975

Entry into force: *14 July 1975 by signature, in accordance with article 7*

Authentic texts: *German and Polish*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Germany, 20 April 2001*

**République démocratique allemande
et
Pologne**

Accord entre le Gouvernement de la République démocratique allemande et le Gouvernement de la République populaire de Pologne concernant la concession réciproque des droits usufruitiers aux terrains destinés aux ambassades et aux représentations commerciales des deux États (avec cartes¹). Varsovie, 14 juillet 1975

Entrée en vigueur : *14 juillet 1975 par signature, conformément à l'article 7*

Textes authentiques : *allemand et polonais*

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : *Allemagne, 20 avril 2001*

1. Not published herein for technical reasons -- Non publié ici pour des raisons techniques.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

A b k o m m e n

zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Polen über die gegenseitige Verleihung von Nutzungsrechten an Grundstücken für die Gebäude der Botschaften und der Handelseinrichtungen beider Staaten

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Regierung der Volksrepublik Polen sind, geleitet von dem Wunsch, die Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten weiter zu festigen und zu entwickeln sowie die Bedingungen für die Tätigkeit der Botschaften und Handelseinrichtungen beider Staaten zu verbessern, übereingekommen, dieses Abkommen zu schließen.

Zu diesem Zweck haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik

Herrn Alfred B. Neumann, Generalsekretär im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten.

Die Regierung der Volksrepublik Polen

Herrn Karol Nowakowski, Generaldirektor im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten.

Artikel 1

- (1) Die Regierung der Volksrepublik Polen verleiht der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik das unentgeltliche und unbefristete Nutzungsrecht an einem in Warschau, Ulica Szwoleżerów, gelegenen, 1,04 ha großen Grundstück. Die Lage und die Begrenzung dieses Grundstückes sind in der Anlage 1 dieses Abkommens näher bezeichnet.
- (2) Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik errichtet auf diesem Grundstück auf eigene Kosten Gebäude für die Botschaft und die Handelsinrichtungen.

Artikel 2

- (1) Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik verleiht der Regierung der Volksrepublik Polen das unentgeltliche und unbefristete Nutzungsrecht an zwei in Berlin gelegenen Grundstücken, von denen sich das eine mit einer Fläche von 0,42 ha in der Straße Unter den Linden und das andere mit einer Fläche von 0,81 ha in der Friedrichstraße/Ecke Mohrenstraße befindet.
Die Lage und Begrenzung der Grundstücke sind in den Anlagen 2 und 3 dieses Abkommens näher bezeichnet.
- (2) Die Regierung der Volksrepublik Polen errichtet auf eigene Kosten auf dem in der Anlage 3 bezeichneten Grundstück Dienst- und Wohngebäude für das Büro des Handelsrates.
- (3) Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik garantiert, daß die Regierung der Volksrepublik Polen das Gebäude, welches sich auf dem Grundstück Unter den Linden 70/72 befindet, käuflich erwerben kann.

Artikel 3

- (1) Die Gebäude, die auf dem in Artikel 1, Absatz 2, genannten Grundstück errichtet werden, werden Eigentum der Deutschen Demokratischen Republik. Ihr Verkauf oder ihre Übergabe an Dritte kann nur nach Zustimmung der Regierung der Volksrepublik Polen erfolgen. Im Falle eines Verkaufes dieser Gebäude hat die Regierung der Volksrepublik Polen das Vorerwerbsrecht.
- (2) Die Gebäude, die auf dem in Artikel 2, Absatz 2, genannten Grundstück errichtet und auf dem in Artikel 2, Absatz 3, genannten Grundstück gekauft werden, werden Eigentum der Volksrepublik Polen. Ihr Verkauf oder ihre Übergabe an Dritte kann nur nach Zustimmung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erfolgen. Im Falle eines Verkaufes dieser Gebäude hat die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik das Vorerwerbsrecht.
- (3) Beide Regierungen verpflichten sich, auf der Grundlage des Prinzips der Gegenseitigkeit und gestützt auf die Rechtsvorschriften ihrer Länder, die mit der Übergabe der Grundstücke für unentgeltliche und unbefristete Nutzung zusammenhängenden Fragen zu regeln.

Artikel 4

Die in den Anlagen 1 und 3 dieses Abkommens bezeichneten Grundstücke werden dem jeweiligen Abkommenspartner frei von Rechten Dritter, un bebaut und beräumt, übergeben.

Artikel 5

- (1) Die Errichtung der in Artikel 1, Absatz 2, dieses Abkommens genannten Gebäude für die Botschaft und die Handelseinrichtungen erfolgt im Namen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik entsprechend den von den Beauftragten beider Abkommenspartner bestätigten Projektierungsunterlagen und in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen der Volksrepublik Polen sowie dem Bebauungsplan von Warschau.

- (2) Die Errichtung der in Artikel 2, Absatz 2, dieses Abkommens genannten Dienst- und Wohngebäude für das Büro des Handelsrates erfolgt im Namen der Regierung der Volksrepublik Polen entsprechend den von den Beauftragten beider Abkommenspartner bestätigten Projektierungsunterlagen und in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Bestimmungen der Deutschen Demokratischen Republik sowie dem Bebauungsplan der Hauptstadt der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin.

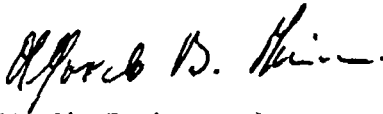
Artikel 6

Alle mit der Ausarbeitung und Bestätigung der Projekte, mit der Vorbereitung, Durchführung und Finanzierung der Bauarbeiten zusammenhängenden Fragen werden zwischen den zuständigen Institutionen der vertragsschließenden Seiten durch gesonderte Vereinbarungen, Verträge oder Protokolle geregelt.

Artikel 7

Das Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

Ausgefertigt und unterzeichnet in Warschau am 14. Juli 1975
in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und polnischer Sprache,
wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.



Für die Regierung der
Deutschen Demokratischen
Republik



Für die Regierung der
Volksrepublik Polen

Nachtragsvereinbarung

zum Abkommen zwischen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Volksrepublik Polen über die gegenseitige Verleihung von unbefristeten Nutzungsrechten an Grundstücken für die Gebäude der Botschaften und der Handelsvertretungen beider Staaten vom 14. Juli 1975.

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Regierung der Volksrepublik Polen sind ausgehend von den im Abkommen vom 14. Juli 1975 dargelegten Prinzipien übereingekommen, diese Nachtragsvereinbarung abzuschließen.

Zu diesem Zweck haben zu ihren Bevollmächtigten ernannt:

Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik
Herrn Alfred B. Neumann, Generalsekretär im
Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten

Die Regierung der Volksrepublik Polen
Herrn Karol Nowakowski, Generaldirektor im
Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten.

Artikel 1

1. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik verleiht der Regierung der Volksrepublik Polen das unentgeltliche und unbefristete Nutzungsrecht an dem in 111 Berlin, Majakowskiring 47 gelegenen 0,24 ha großen Grundstück. Die genaue Lage und die Begrenzung dieses Grundstückes sind in der Anlage 1 dieser Nachtragsvereinbarung näher bezeichnet.

2. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik garantiert, daß die Regierung der Volksrepublik Polen das Gebäude, welches sich auf dem Grundstück Majakowskiring 47 befindet, als Residenzgebäude für die Botschaft der Volksrepublik Polen in der Deutschen Demokratischen Republik käuflich erwerben kann.

Artikel 2

Die Regierung der Volksrepublik Polen verleiht der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik das unentgeltliche und unbefristete Nutzungsrecht an einem Grundstück in Warschau, welches hinsichtlich der Lage, Größe und sonstiger Beschaffenheit dem in Artikel 1 genannten Grundstück entspricht, sofern die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik ein Residenzgebäude zu kaufen oder zu errichten wünscht.

Artikel 3

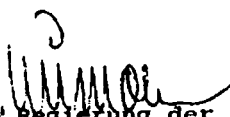
1. Das im Artikel 1, Absatz 2, genannte Gebäude wird Eigentum der Volksrepublik Polen.
Ein Verkauf des Gebäudes oder eine Übergabe an Dritte kann nur nach Zustimmung der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik erfolgen.
Im Falle eines Verkaufs des Gebäudes hat die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik das Vorerwerbsrecht.
2. Im Falle der Realisierung der im Artikel 2 getroffenen Festlegungen wird das betreffende Gebäude Eigentum der Deutschen Demokratischen Republik.
Ein Verkauf des Gebäudes oder eine Übergabe an Dritte kann nur nach Zustimmung der Regierung der Volksrepublik Polen erfolgen. Im Falle des Verkaufes des Gebäudes hat die Regierung der Volksrepublik Polen das Vorerwerbsrecht.

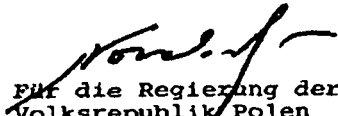
3. Beide Regierungen verpflichten sich, auf der Grundlage des Prinzips der Gegenseitigkeit und gestützt auf die Rechtsvorschriften ihrer Länder, die mit der Übergabe der Grundstücke für die unentgeltliche und unbefristete Nutzung zusammenhängenden Fragen zu regeln.

Artikel 4

Diese Vereinbarung tritt mit ihrer Unterzeichnung in Kraft.

Ausgefertigt und unterzeichnet in Berlin, am 24. Mai 1976 in zwei Exemplaren, jedes in deutscher und polnischer Sprache, wobei beide Texte gleichermaßen gültig sind.


Für die Regierung der
der Deutschen Demokratischen
Republik


Für die Regierung der
Volksrepublik Polen

[POLISH TEXT — TEXTE POLONAIS]

P O R O Z U M I E N I E

między Rządem Niemieckiej Republiki Demokratycznej
i Rządem Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej o wzajem-
nym nadaniu sobie praw wieczystego użytkowania parceli
przeznaczonych pod budynki ambasad i biur radców hand-
lowych obu Państw

Rząd Niemieckiej Republiki Demokratycznej
i Rząd Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej - kierując
się życzeniem dalszego umacniania i rozwijania przy-
jaźni i współpracy między obu państwami oraz w celu
poprawienia warunków pracy ambasad i biur radców
handlowych obu Państw - postanowiły zawrzeć niniej-
sze Porozumienie.

W tym celu ustanowiły jako swoich pełnomocni-
ków:

Rząd Niemieckiej Republiki Demokratycznej -
Pana Alfreda B. NEUMANNA, Sekretarza Generalnego
w Ministerstwie Spraw Zagranicznych

Rząd Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej -
Pana Karola NOWAKOWSKIEGO, Dyrektora Generalnego
w Ministerstwie Spraw Zagranicznych.

Artykuł 1

1. Rząd Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej nadaje Rządowi Niemieckiej Republiki Demokratycznej prawo bezpłatnego i wieczystego użytkowania parceli o powierzchni 1,04 ha położonej w Warszawie przy ul. Szwoleżerów.

Miejsce położenia i granice tej parceli są bliżej określone w załączniku Nr 1 Porozumienia.

2. Rząd Niemieckiej Republiki Demokratycznej zbuduje na tej parceli na własny koszt budynki ambasady i biura radcy handlowego.

Artykuł 2

1. Rząd Niemieckiej Republiki Demokratycznej nadaje Rządowi Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej prawo bezpłatnego i wieczystego użytkowania dwóch parceli położonych w Berlinie, z których jedna - o powierzchni 0,42 ha znajduje się przy ul. Unter den Linden, a druga - o powierzchni 0,81 ha znajduje się przy zbiegu ulic Friedrichstrasse i Mohrenstrasse.

Miejsca położenia i granice tych parceli są bliżej określone w załącznikach Nr 2 i Nr 3 Porozumienia.

2. Rząd Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej zbuduje na parceli określonej w załączniku Nr 3, na własny koszt budynki biurowe i mieszkalne biura radcy handlowego.

3. Rząd Niemieckiej Republiki Demokratycznej zapewnia, że Rząd Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej może nabyć na własność budynek, znajdujący się na parceli przy ul. Unter den Linden Nr 70/72.

Artykuł 3

1. Budynki, które zostaną zbudowane na parceli wymienionej w artykule 1 ust. 2 będą własnością Niemieckiej Republiki Demokratycznej. Ich sprzedaż lub odstąpienie osobom trzecim może nastąpić tylko za zgodą Rządu Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej.

W wypadku sprzedaży tych budynków, Rządowi Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej będzie przysługiwać prawo pierwokupu.

2. Budynki, które zostaną zbudowane na parceli wymienionej w artykule 2 ust. 2 i kupione zgodnie z artykułem 2 ust. 3 będą własnością Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej. Ich sprzedaż lub odstąpienie osobom trzecim może nastąpić tylko za zgodą Rządu Niemieckiej Republiki Demokratycznej.

W wypadku sprzedaży tych budynków, Rządowi Niemieckiej Republiki Demokratycznej będzie przysługiwać prawo pierwokupu.

3. Oba Rządy na zasadzie wzajemności i w oparciu o przepisy prawne ich krajów zobowiązują się do załatwienia spraw, związanych z przekazaniem parceli w bezpłatne i wieczyste użytkowanie drugiej Umawiającej się Strony.

Artykuł 4

Parcele, opisane w załącznikach Nr 1 i Nr 3 zostaną przekazane drugiej Umawiającej się Stronie bez obciążeń na rzecz osób trzecich wolne od zabudowy i uprzętnięte.

Artykuł 5

1. Budowa budynków ambasady i biura radcy handlowego, wymienionych w artykule 1 ust. 2 tego Porozumienia nastąpi w imieniu Rządu Niemieckiej Republiki Demokratycznej, stosownie do projektów potwierdzonych przez upoważnione instytucje obu Umawiających się Stron oraz zgodnie z przepisami prawnymi Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej i z planem urbanistycznym Warszawy.

2. Budowa budynków biura radcy handlowego wymienionych w artykule 2 ust. 2 tego Porozumienia nastąpi w imieniu Rządu Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej, stosownie do projektów potwierdzonych przez upoważnione instytucje obu Umawiających się Stron oraz zgodnie z przepisami prawnymi Niemieckiej Republiki Demokratycznej i planem urbanistycznym Stolicy Niemieckiej Republiki Demokratycznej - Berlina.

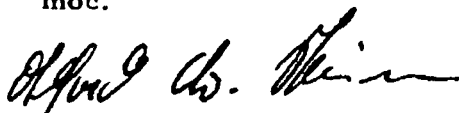
Artykuł 6

Wszystkie sprawy, związane z opracowaniem i zatwierdzeniem projektów, z przygotowaniem, realizacją i finansowaniem prac budowlanych, zostaną uregulowane między kompetentnymi instytucjami obu Umawiających się Stron w oddzielnych porozumieniach, umowach i protokołach.

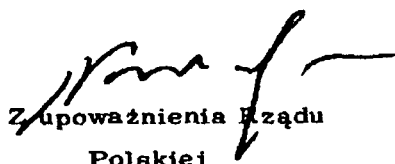
Artykuł 7

Porozumienie wchodzi w życie w dniu jego podpisania.

Sporządzono i podpisano w Warszawie dnia 14 lipca 1975 roku w dwóch egzemplarzach, każdy w językach niemieckim i polskim, przy czym oba teksty mają jednakową moc.



Z upoważnienia Rządu
Niemieckiej
Republiki Demokratycznej



Z upoważnienia Rządu
Polskiej
Rzeczypospolitej Ludowej

PROTOKOŁ UZUPEŁNIAJACY

do Porozumienia zawartego między Rządem Niemieckiej Republiki Demokratycznej a Rządem Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej o wzajemnym nadaniu sobie praw wieczystego użytkowania parceli przeznaczonych pod budynki ambasad i biur radców handlowych obu państw
- z dnia 14 lipca 1975 r.

Rząd Niemieckiej Republiki Demokratycznej i Rząd Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej wychodząc z zasad przyjętych w Porozumieniu z dnia 14 lipca 1975 roku wyraziły zgodę na zawarcie niniejszego protokołu uzupełniającego.

W tym celu ustanowiły jako swych pełnomocników:

Rząd Niemieckiej Republiki Demokratycznej
Pana Alfreda B. Neumanna - Sekretarza Generalnego
w Ministerstwie Spraw
Zagranicznych

Rząd Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej
Pana Karola Nowakowskiego - Dyrektora Generalnego
w Ministerstwie Spraw
Zagranicznych.

Artykuł 1

1. Rząd Niemieckiej Republiki Demokratycznej nadaje Rządowi Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej prawo bezpłatnego i wieczystego użytkowania parceli położonej w Berlinie, Majakowskiring 47 o powierzchni 0,24 ha. Miejsce położenia i granice parceli określone są w załączniku nr I niniejszego Porozumienia Uzupełniającego.
2. Rząd Niemieckiej Republiki Demokratycznej gwarantuje, że Rząd Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej może nabyć budynek znajdujący się na parceli położonej przy ul. Majakowskiring 47, jako obiekt przeznaczony na rezydencję dla

Ambasady Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej w Niemieckiej Republice Demokratycznej.

Artykuł 2

Rząd Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej nada Rządowi Niemieckiej Republiki Demokratycznej prawo bezpłatnego i wieczystego użytkowania parceli w Warszawie, której położenie, wielkość i inne cechy odpowiadać będą parceli oznaczonej w Artykule 1, w przypadku, jeżeli Rząd Niemieckiej Republiki Demokratycznej pragnąłby kupić lub wybudować na niej budynek rezydencji.

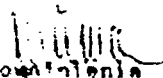
Artykuł 3


1. Budynek oznaczony w Artykule 1, ustęp 2 przechodzi na własność Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej. Sprzedaż budynku lub przekazanie osobom Trzecim może nastąpić tylko za zgodą Rządu Niemieckiej Republiki Demokratycznej. W przypadku sprzedaży budynku, Rządowi Niemieckiej Republiki Demokratycznej przysługuje prawo pierwokupu.
2. W przypadku realizacji uzgodnień zawartych w Artykule 2 pobudowany obiekt będzie własnością Niemieckiej Republiki Demokratycznej. Sprzedaż obiektu lub jego przekazanie osobom Trzecim może nastąpić tylko za zgodą Rządu Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej. W przypadku sprzedaży budynku, Rządowi Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej przysługuje prawo pierwokupu.
3. Oba Rządy na zasadzie wzajemności i w oparciu o przepisy prawne ich krajów zobowiązują się do załatwienia spraw, związanych z przekazaniem parceli w bezpłatne i wieczyste użytkowanie drugiej Umawiającej się Strony.

Artykuł 4

Protokół wchodzi w życie w dniu jego podpisania.

Sporządzono i podpisano w Berlinie w dniu maja 1970 roku w dwóch egzemplarzach, każdy w języku niemieckim i polskim, przy czym oba teksty posiadają jednakową moc.


Z upoważnienia
Rządu Niemieckiej
Republiki Demokratycznej


Z upoważnienia
Rządu Polskiej
Rzeczypospolitej Ludowej

[TRANSLATION - TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE GERMAN DEMOCRATIC REPUBLIC AND THE GOVERNMENT OF THE POLISH PEOPLE'S REPUBLIC CONCERNING THE RECIPROCAL CONCESSION OF USUFRUCT RIGHTS TO SITES FOR THE PREMISES OF THE EMBASSIES AND TRADE OFFICES OF BOTH STATES

The Government of the German Democratic Republic and the Government of the Polish People's Republic, desiring to consolidate and develop the friendship and cooperation between their two States and to improve conditions for the work of the embassies and trade offices of both States, have agreed to conclude this Agreement.

For this purpose they have appointed as their plenipotentiaries:

The Government of the German Democratic Republic:

Alfred B. Neumann, General Secretary in the Ministry of Foreign Affairs,

The Government of the Polish People's Republic:

Karol Nowakowski, Director-General in the Ministry of Foreign Affairs.

Article 1

1. The Government of the Polish People's Republic shall grant to the Government of the German Democratic Republic, free of charge and for an unlimited period of time, the right of usufruct to a site measuring 1.04 hectares situated on Ulica Szwolezerów in Warsaw. The location and boundaries of this site are shown in detail in Annex 1 to this Agreement.

2. The Government of the German Democratic Republic shall erect buildings on this site, at its own expense, for the embassy and the trade offices.

Article 2

1. The Government of the German Democratic Republic shall grant to the Government of the Polish People's Republic, free of charge and for an unlimited period of time, the right of usufruct to two sites in Berlin, one measuring 0.42 hectares situated on Unter den Linden, the other measuring 0.81 hectares situated at the junction of Friedrichstrasse and Mohrenstrasse. The location and boundaries of these sites are shown in detail in Annexes 2 and 3 to this Agreement.

2. The Government of the Polish People's Republic shall erect on the site shown in Annex 3, at its own expense, service and residential buildings for the office of the Trade Counsellor.

3. The Government of the German Democratic Republic guarantees that the Government of the Polish People's Republic will be able to acquire by purchase the building situated on the site at 70/72 Unter den Linden.

Article 3

1. The buildings to be erected on the site referred to in article 1, paragraph 2, shall be the property of the German Democratic Republic. They may not be sold or transferred to third parties except with the prior consent of the Government of the Polish People's Republic. In the event of the buildings being put up for sale, the Government of the Polish People's Republic shall have prior right of purchase.

2. The buildings to be erected on the site referred to in article 2, paragraph 2, and those for purchase on the site referred to in article 2, paragraph 3, shall be the property of the Polish People's Republic. They may not be sold or transferred to third parties except with the prior consent of the Government of the German Democratic Republic. In the event of the buildings being put up for sale, the Government of the German Democratic Republic shall have prior right of purchase.

3. The two Governments undertake to settle any issues arising in connection with the transfer of the sites to be used free of charge and for an unlimited period of time, on the basis of the principle of reciprocity and the laws of their countries.

Article 4

The sites designated in Annexes 1 and 3 of this Agreement shall be handed over to the respective Contracting Parties free of third party rights, vacant and cleared.

Article 5

1. The buildings specified in article 1, paragraph 2, of this Agreement shall be erected for the embassy and the trade offices on behalf of the Government of the German Democratic Republic in accordance with the project specifications accepted by the representatives of both Contracting Parties, the laws of the Polish People's Republic and the development plan for Warsaw.

2. The service and residential buildings specified in article 2, paragraph 2, of this Agreement, shall be erected for the office of the Trade Counsellor on behalf of the Government of the Polish People's Republic in accordance with the project specifications accepted by the representatives of both Contracting Parties, the laws of the German Democratic Republic and the development plan for Berlin, the capital of the German Democratic Republic.

Article 6

All matters relating to the planning and acceptance of the projects and the preparation, execution and financing of the building works shall be settled between the responsible authorities of the Contracting Parties through special agreements, treaties or protocols.

Article 7

The Agreement shall enter into force on the date of its signature.

Done and signed at Warsaw on 14 July 1975 in two originals in the German and Polish languages, both texts being equally authentic.

For the Government of the German Democratic Republic:

[ALFRED B. NEUMANN]

For the Government of the Polish People's Republic:

[KAROL NOWAKOWSKI]

SUPPLEMENTARY AGREEMENT TO THE AGREEMENT OF 14 JULY 1975 BETWEEN THE GOVERNMENT OF THE GERMAN DEMOCRATIC REPUBLIC AND THE GOVERNMENT OF THE POLISH PEOPLE'S REPUBLIC CONCERNING THE RECIPROCAL CONCESSION OF USUFRUCT RIGHTS TO SITES FOR THE PREMISES OF THE EMBASSIES AND TRADE OFFICES OF BOTH STATES

The Government of the German Democratic Republic and the Government of the Polish People's Republic, proceeding from the principles enshrined in the Agreement of 14 July 1975, have agreed to conclude this Supplementary Agreement.

For this purpose they have appointed as their plenipotentiaries:

The Government of the German Democratic Republic:

Alfred B. Neumann, General Secretary in the Ministry of Foreign Affairs,

The Government of the Polish People's Republic:

Karol Nowakowski, Director-General in the Ministry of Foreign Affairs.

Article 1

1. The Government of the German Democratic Republic shall grant to the Government of the Polish People's Republic, free of charge and for an unlimited period of time, the right of usufruct to a site measuring 0.24 hectares situated at 111 Berlin, Majakowskiring 47. The exact location and boundaries of this site are shown in detail in Aunex 1 to this Supplementary Agreement.

2. The Government of the German Democratic Republic guarantees that the Government of the Polish People's Republic will be able to acquire by purchase the building situated on the site at Majakowskiring 47 as a residence for the embassy of the Polish People's Republic in the German Democratic Republic.

Article 2

The Government of the Polish People's Republic shall grant to the Government of the German Democratic Republic, free of charge and for an unlimited period of time, the right of usufruct to a site in Warsaw corresponding, as regards its position, dimensions and other properties, to the site referred to in article 1, if the Government of the German Democratic Republic wishes to purchase or construct a residential building.

Article 3

1. The building referred to in article 1, paragraph 2, shall be the property of the Polish People's Republic. The building may not be sold or transferred to third parties except with the prior consent of the Government of the German Democratic Republic. In the event of the building being put up for sale, the Government of the German Democratic Republic shall have prior right of purchase.

2. Upon fulfilment of the provisions of article 2, the building in question shall become the property of the German Democratic Republic.

The building may not be sold or transferred to third parties except with the prior consent of the Government of the Polish People's Republic. In the event of the building being put up for sale, the Government of the Polish People's Republic shall have prior right of purchase.

3. The two Governments undertake to settle any issues arising in connection with the transfer of the sites to be used free of charge and for an unlimited period of time, on the basis of the principle of reciprocity and the laws of their countries.

Article 4

This Agreement shall enter into force upon signature.

Done and signed at Berlin on 24 May 1976 in two originals in the German and Polish languages, both texts being equally authentic.

For the Government of the German Democratic Republic:

[ALFRED B. NEUMANN]

For the Government of the Polish People's Republic:

[KAROL NOWAKOWSKI]

[TRANSLATION - TRADUCTION]

ACCORD ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE DÉMOCRATIQUE ALLEMANDE ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE POPULAIRE DE POLOGNE CONCERNANT LA CONCESSION RÉCIPROQUE DES DROITS USUFRUITIERS AUX TERRAINS DESTINÉS AUX AMBASSADES ET AUX REPRÉSENTATIONS COMMERCIALES DES DEUX ÉTATS

Le Gouvernement de la République démocratique allemande et le Gouvernement de la République populaire de Pologne, désireux de consolider et de développer des liens d'amitié et de coopération entre les deux États et d'améliorer les conditions essentielles au travail des ambassades et des représentations commerciales des deux États, sont convenus de conclure le présent Accord.

À cette fin, ils ont désigné en qualité de plénipotentiaires :

Le Gouvernement de la République démocratique allemande :

Alfred B. Neumann, Secrétaire général au Ministère des affaires étrangères,

Le Gouvernement de la République populaire de Pologne :

Karol Nowakowski, Directeur général au Ministère des affaires étrangères.

Article premier

1. Le Gouvernement de la République populaire de Pologne accorde au Gouvernement de la République démocratique allemande, gratuitement et pour une durée illimitée, le droit de l'usufruit sur un terrain mesurant 1,04 hectare sis rue Szwolezerów à Varsovie. L'emplacement et les limites de ce terrain sont décrits en détail à l'annexe 1 au présent Accord.

2. Le Gouvernement de la République démocratique allemande érigera des bâtiments sur ledit terrain, à ses propres frais, pour l'ambassade ou des représentations commerciales.

Article 2

1. Le Gouvernement de la République démocratique allemande accorde au Gouvernement de la République populaire de Pologne, gratuitement et pour une durée illimitée, le droit usufruitier sur deux terrains situés à Berlin, le premier mesurant 0,42 hectare sis avenue Unter den Linden, l'autre mesurant 0,81 hectare sis à la jonction de la Friedrichstrasse et de la Mohrenstrasse.

L'emplacement et les limites desdits terrains sont décrits en détail aux annexes 2 et 3 au présent Accord.

2. Le Gouvernement de la République populaire de Pologne érigera sur le terrain décrit à l'annexe 3, à ses propres frais, des bâtiments de service et des immeubles résidentiels pour le bureau du Conseiller commercial.

3. Le Gouvernement de la République démocratique allemande garantit au Gouvernement de la République populaire de Pologne qu'il pourra acquérir par achat le bâtiment sis au 70/72 de l'avenue Unter den Linden.

Article 3

1. Les bâtiments qui seront érigés sur le terrain mentionné au paragraphe 2 de l'article premier sont la propriété de la République démocratique allemande. Ils ne peuvent être ni vendus ni cédés à une tierce partie sans l'accord préalable du Gouvernement de la République populaire de Pologne. En cas de mise en vente des bâtiments, le Gouvernement de la République populaire de Pologne bénéficie d'un droit de préemption.

2. Les bâtiments qui seront érigés sur le terrain mentionné au paragraphe 2 de l'article 2, et ceux qui sont mis en vente sur le site mentionné au paragraphe 3 de l'article 2, sont la propriété de la République populaire de Pologne. Ils ne peuvent être ni vendus ni cédés à une tierce partie sans l'accord préalable du Gouvernement de la République démocratique allemande. En cas de mise en vente des bâtiments, le Gouvernement de la République démocratique allemande bénéficie d'un droit de préemption.

3. Les deux gouvernements s'engagent à régler toute question qui serait soulevée relativement au transfert des terrains devant être utilisés gratuitement et pour une durée illimitée, sur la base du principe de réciprocité et des lois de leurs pays.

Article 4

Les terrains désignés aux annexes 1 et 3 du présent Accord sont transférés aux Parties contractantes respectives exempts de droits d'une tierce partie, non occupés et libres de toute charge.

Article 5

1. Les bâtiments mentionnés au paragraphe 2 de l'article premier du présent Accord seront construits pour l'ambassade et les représentations commerciales au nom du Gouvernement de la République démocratique allemande conformément au cahier des charges du projet tel qu'accepté par les représentants des deux Parties contractantes, aux lois de la République populaire de Pologne et au plan d'aménagement de Varsovie.

2. Les bâtiments de service et les immeubles résidentiels mentionnés au paragraphe 2 de l'article 2 du présent Accord seront construits pour le bureau du Conseiller commercial au nom du Gouvernement de la République populaire de Pologne conformément au cahier des charges du projet tel qu'accepté par les représentants des deux Parties contractantes, aux lois de la République démocratique allemande et au plan d'aménagement de Berlin, capitale de la République démocratique allemande.

Article 6

Toutes les questions liées à la planification et à l'acceptation des projets et à la préparation, à l'exécution et au financement des travaux de construction devront être réglées en-

tre les autorités responsables des Parties contractantes par l'intermédiaire d'accords spéciaux, de traités ou de protocoles.

Article 7

L'Accord entrera en vigueur à la date de sa signature.

Fait et signé à Varsovie le 14 juillet 1975, en deux exemplaires originaux, en langues allemande et polonaise, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement de la République démocratique allemande :

[ALFRED B. NEUMANN]

Pour le Gouvernement de la République populaire de Pologne :

[KAROL NOWAKOWSKI]

ACCORD SUPPLÉMENTAIRE À L'ACCORD DU 14 JUILLET 1975 ENTRE LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE DÉMOCRATIQUE ALLEMANDE ET LE GOUVERNEMENT DE LA RÉPUBLIQUE POPULAIRE DE POLOGNE CONCERNANT LA CONCESSION RÉCIPROQUE DES DROITS USUFRUITIERS AUX TERRAINS DESTINÉS AUX AMBASSADES ET AUX REPRÉSENTATIONS COMMERCIALES DES DEUX ÉTATS

Le Gouvernement de la République démocratique allemande et le Gouvernement de la République populaire de Pologne, s'inspirant des principes énoncés dans l'Accord du 14 juillet 1975, sont convenus de conclure le présent Accord supplémentaire.

À cette fin, ils ont désigné en qualité de plénipotentiaires :

Pour le Gouvernement de la République démocratique allemande :

Alfred B. Neumann, Secrétaire général au Ministère des affaires étrangères,

Pour le Gouvernement de la République populaire de Pologne :

Karol Nowakowski, Directeur général au Ministère des affaires étrangères.

Article premier

1. Le Gouvernement de la République démocratique allemande accorde au Gouvernement de la République populaire de Pologne, gratuitement et pour une période illimitée, le droit sur l'usufruit d'un terrain mesurant 0,24 hectare sis au 47 du boulevard Majakowskiring, à Berlin 111. L'emplacement exact et les limites dudit terrain sont décrits en détail à l'annexe 1 du présent Accord supplémentaire.

2. Le Gouvernement de la République démocratique allemande garantit au Gouvernement de la République populaire de Pologne qu'il pourra acquérir le bâtiment situé sur le terrain sis au 47 du boulevard Majakowskiring à des fins résidentielles pour l'Ambassade de la République populaire de Pologne en République démocratique allemande.

Article 2

Le Gouvernement de la République populaire de Pologne accorde au Gouvernement de la République démocratique allemande, gratuitement et pour une durée illimitée, le droit sur l'usufruit d'un terrain situé à Varsovie correspondant, en ce qui concerne sa position, ses dimensions et autres propriétés, au site mentionné à l'article premier, dans le cas où le Gouvernement de la République démocratique allemande serait désireux d'acheter ou de construire un immeuble résidentiel.

Article 3

1. Le bâtiment mentionné au paragraphe 2 de l'article premier est la propriété de la République populaire de Pologne. Le bâtiment ne peut être ni vendu ni transféré à une tierce partie sans l'accord préalable du Gouvernement de la République démocratique allemande.

En cas de mise en vente du bâtiment, le Gouvernement de la République démocratique allemande bénéficiera d'un droit de préemption.

2. En application des dispositions de l'article 2, ledit bâtiment devient la propriété de la République démocratique allemande. Le bâtiment ne peut être ni vendu ni transféré à une tierce partie sans l'accord préalable du Gouvernement de la République populaire de Pologne. En cas de mise en vente du bâtiment, le Gouvernement de la République populaire de Pologne bénéficiera d'un droit de préemption.

3. Les deux gouvernements s'engagent à régler toute question soulevée relativement à la cession des terrains devant être utilisés gratuitement et pour une période illimitée, sur la base du principe de réciprocité et des lois de leurs pays.

Article 4

Le présent Accord entrera en vigueur à la date de sa signature.

Fait et signé à Berlin le 24 mai 1976, en deux exemplaires originaux, en langues allemande et polonaise, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement de la République démocratique allemande :

[ALFRED B. NEUMANN]

Pour le Gouvernement de la République populaire de Pologne :

[KAROL NOWAKOWSKI]

